

INTERVIEW

VU-Slogan: «Schwere Identitätskrise»

VADUZ - Dem aufmerksamen Leser ist am Dienstag nicht entgangen, dass sich die VU ein neues Motto zugelegt hat: «VU - Politik für Fortgeschrittene». Diese offensichtliche Anlehnung an die Fortschrittliche Bürgerpartei hat Viele stolz gemacht. Wir haben FDP-Geschäftsführer Marcus Vogt zu diesem Slogan befragt.

• Martin Frommelt

VOLKSBLATT: Die VU verwendet neuerdings das Motto «Politik für Fortgeschrittene»: Offensichtlich wird hier eine Nähe zur Bürgerpartei gesucht. Wie stehen Sie als Geschäftsführer der Bürgerpartei dazu?

Marcus Vogt: Ich war auch überrascht über dieses Motto. Für mich bringt es aber eine schwere Identitätskrise der VU-Führung zum Ausdruck. Während der Verfassungsdiskussion suchte die VU die Nähe der Freien Liste. Das Ergebnis ist bekannt. Nun versucht die Union mit ihrem Motto eine Anlehnung an die Fortschrittliche Bürgerpartei. Es ehrt uns zwar, aber der VU würde ich doch eher einen eigenständigen Weg empfehlen.

Aber das Motto «Politik für Fortgeschrittene» müsste Ihnen doch eigentlich zusagen: Wäre das nicht eher das Motto der Bürgerpartei?

Auf keinen Fall könnte das unser Motto sein. Denn wer ist in politischen Fragen schon wirklich fortgeschritten? Es ist ein dramatischer Unterschied, ob eine Partei fortschrittlich ist oder ob sie Politik für Fortgeschrittene macht. Damit werden nämlich sehr viele Jung- und Neuwähler ausgeschlossen und eben alle anderen, die sich in politischen Fragen nicht fortgeschritten fühlen. Ich hätte dieses Motto kategorisch abgelehnt.

Die VU-Führung wird sich aber doch sicher etwas dabei gedacht haben, mit diesem Motto...

Das nehme ich schon an. Aber letztlich ist es nicht an mir, hier viel Aufhebungs darüber zu machen. Die Wählerinnen und Wähler machen sich ihr Bild von einer Partei - Slogan hin oder her.



«Ob eine Partei fortschrittlich ist oder ob sie Politik für Fortgeschrittene macht, ist ein dramatischer Unterschied»: FDP-Geschäftsführer Marcus Vogt.

Ihr Volksblatt

17 000 Leser* täglich!

21 Prozent* mehr Leser innerhalb eines Jahres!

Immer informiert!

*J) WEMF-Statistik, September 2003

Neues Demokratieverständnis?

Mein Standpunkt: von FDP-Parteipräsident Johannes Matt

Jede demokratische Entscheidung, ob Wahl oder Abstimmung, bringt der einen Seite Freude, während die andere Seite mit ihrer Niederlage hadert. Eine demokratische Gesinnung gestattet es den Unterlegenen, eine Mehrheitsentscheidung zu akzeptieren. Gewisse Kreise scheinen nun ein anderes Demokratieverständnis zu entwickeln.

Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber gewann am letzten Sonntag zwei Drittel der Mandate, die anderen Parteien mussten sich mit einem Drittel der Landtagssitze begnügen. «Triumph der CSU in Bayern» titelte sogar die nüchternsachliche Neue Zürcher Zeitung und wies auf die über 61 Prozent Bayern hin, die hinter dem Ministerpräsidenten und seiner Mannschaft stehen. SPD-Spitzenkandidat Franz Maget gestand noch am Wahlabend im Fernsehen die Niederlage für seine Partei und stellvertretend für die anderen Gruppierungen ein. Auch die Grünen, die trotz Zugewinn unter ihren Hoffnungen blieben, akzeptierten die Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger.

Für Gewinner und Unterlegene

Undenkbar in Deutschland, dass Franz Maget, mit aktiver oder auch nur stillschweigender Unterstützung anderer politischer Parteien und Gruppierungen am Sonntagabend erklärt hätte, ein gutes Drittel der Bayern lehne Edmund Stoiber ab. Völlig ausgeschlossen, dass Maget in den nächsten Wochen und Monaten bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen würde, Bayern werde von einem Ministerpräsidenten regiert, den ein Drittel der Wählerinnen und Wähler ablehne. Die Demokratie hat ihre Spielregeln, für Gewinner und für Unterlegene!

Demokratie und Untertanentum

Anders in unserem Land, in dem seit der Abstimmung über die neue Verfassung gewisse Kreise nicht müde werden, diese Entscheidung einer Mehrheit des Stimmvolkes anzuzweifeln. Knapp zwei Drittel der Stimmberechtigten hatten für die Fürsten-Vorlage votiert, ein für



«Einer der Kernpunkte der Demokratie sind die Mehrheitsentscheidungen»: FDP-Präsident Johannes Matt.

Demokratien «triumphales Ergebnis», wie die NZZ bei der Bayern-Wahl die Höhe des Resultates kommentierte. VU-Fraktionssprecher Peter Sprenger hat im Gegensatz dazu seit der März-Abstimmung eine andere Art der Kommentierung gefunden: Fast bei jeder Gelegenheit kanzelt er jene 64,2 Prozent der Zustimmenden ab, verwendet den völlig deplazierten Begriff von Untertanentum und will offenbar den Volksentscheid nicht akzeptieren. Unterstützung erhielt und erhält der VU-Fraktionssprecher von der Freien Liste, wie Vorstandssprecher Pepo Frick im «FL-Info» erneut beweist: «Wir haben es in Zukunft mit einer Verfassung zu tun, die dem demokratischen Verständnis eines Drittels der Liechtensteiner/-innen zuwider läuft». Auf der einen Seite bezeichnet Pepo Frick die Demokratie als eines der höchsten Güter unserer Gesellschaft, andererseits schreibt er, diese demokratische Entscheidung «werden wir nicht verdrängen können».

Die Verdrängung ist der demokratischen Gesinnung fremd. Für die Unterlegenen bei Wahlen und

Abstimmungen hat die Demokratie andere Mittel bereit gestellt: Demokraten akzeptieren demokratische Entscheidungen. Einer der Kernpunkte der Demokratie sind die Mehrheitsentscheidungen. Wenn demokratische Volksentscheidungen akzeptiert werden, kann auf neuer Grundlage eine Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte beginnen. VU-Fraktionsprecher Peter Sprenger, Freie Liste, und Demokratie-Sekretariat (DeSe) bewegen sich derzeit auf einer gemeinsamen Linie, nicht die Volksentscheidung über die Verfassung zu akzeptieren, sondern die Nein-Stimmen zur Fürsten-Vorlage in den Mittelpunkt zu stellen. Diese Allianz scheint auch aktiv in Strassburg zu sein, um Liechtensteins Verfassung und die Entscheidung der Mehrheit an den Pranger zu stellen. Ob es zu den demokratischen Mitteln gehört, vertrauliche Papiere des Monitoring-Komitees über das Internet zu verbreiten, darf bezweifelt werden. Genauso gibt es Zweifel, ob dieses «andere Demokratieverständnis», Mehrheitsentscheidungen nicht zu akzeptieren, zum Wesen der Demokratie gehört.

STATISTIK

Liechtenstein hat 33 863 Einwohner

VADUZ - Die liechtensteinische Bevölkerung hat im Jahre 2002 um 338 auf 33 863 Personen zugenommen. Dies entspricht einem Bevölkerungswachstum von 1,0 Prozent. Das ist halb so viel wie im Jahr zuvor, als noch ein Plus von 662 Personen verzeichnet werden konnte.

Ruggell und Planken

Wie aus den gestern vom Amt für Volkswirtschaft veröffentlichten ersten Auswertungen hervorgeht, konnte in Ruggell (2,9 Prozent) und Planken (2,5 Prozent) das stärkste Wachstum verzeichnet werden. Erneut ist das Unterland (1,3 Prozent) stärker gewachsen als das Oberland (0,8 Prozent).

Einwohnersjälteste Gemeinde ist weiterhin Schaan (5573 Personen). Mit einer Zunahme um 89 Personen ist Vaduz mit 5038 (4949) Einwohnern erstmals seit zwei Jahren wieder über die 5000er-Marke gekommen.

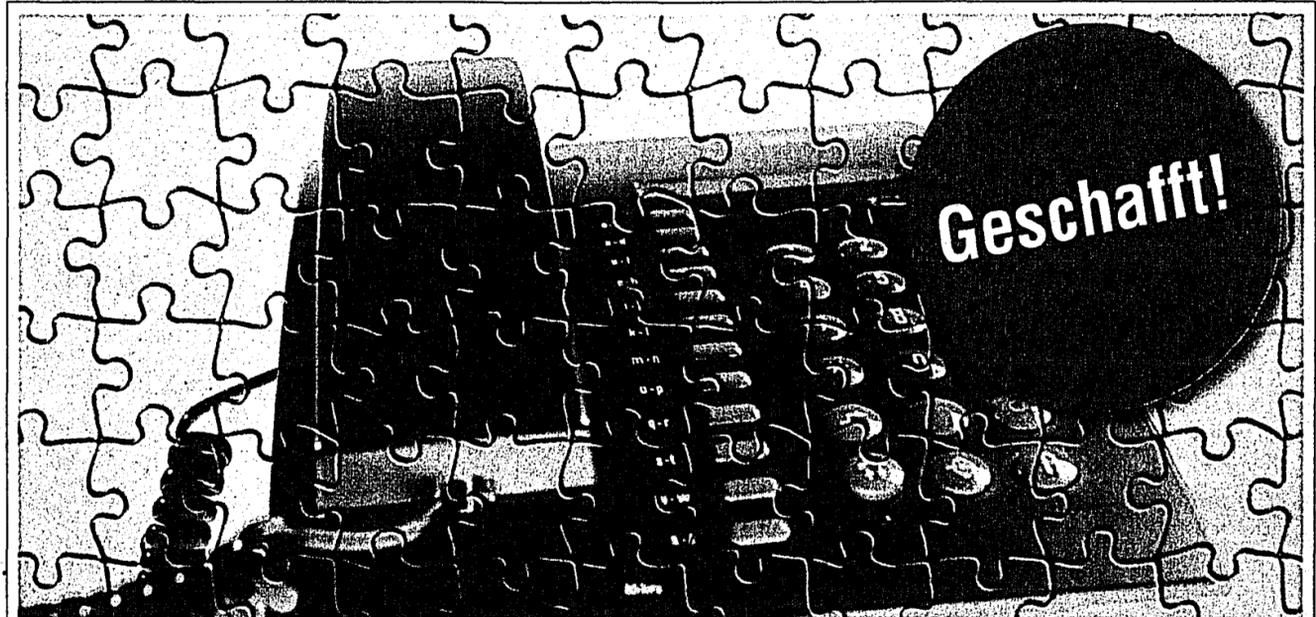
Die Einwohnerzahlen

- Schaan 5573 (+ 17 / 0,3%)
- Vaduz 5038 (+ 89 / 1,8%)
- Triesen 4558 (+ 49 / 1,1%)
- Balzers 4312 (+ 13 / 0,3%)
- Eschen 3886 (+ 23 / 0,6%)
- Mauren 3516 (+ 59 / 1,7%)
- Triesenberg 2607 (+ 11 / 0,4%)
- Ruggell 1805 (+ 51 / 2,9%)
- Gamprin 1229 (+ 22 / 1,8%)
- Schellenberg 973 (- 5 / 0,5%)
- Planken 366 (+ 9 / 2,5%)

Ausländeranteil konstant

Der Ausländeranteil ist praktisch konstant geblieben. Er lag Ende 2002 bei 34,2 Prozent (34,3 Prozent). In der Jahresfrist ist die Anzahl der ausländischen ständigen Bevölkerung um 71 (175) auf 11 566 Personen gestiegen. Die ständige Bevölkerung mit Liechtensteiner Pass ist im gleichen Zeitraum um 267 (487) auf 22 297 Personen angewachsen. (M. F.)

ANZEIGE



Die Telekommunikationslösung ist komplett.

Mit der vorliegenden Telekommunikationslösung ist es gelungen, das reibungslose Funktionieren der Telefonie zukünftig sicher zu stellen.

Die Telefoniekunden profitieren daher künftig von folgenden Vorteilen:

- der Sicherheit und Nachhaltigkeit einer optimalen, liechtensteinischen Lösung,
- einem deutlich verbesserten, auf die Bedürfnisse unseres Landes zugeschnittenen Kundenservice,
- den Vorteilen einer kommerziellen Partnerschaft mit Swisscom,

- einer konsumentenfreundlichen, den Interessen des Landes und der Kunden verpflichteten Preispolitik.

Unser Dank gilt allen, die monatlang und intensiv an dieser Lösung mitgewirkt haben zum Wohle unseres Landes und seiner Bürger.



Eine Information der Regierung des Fürstentums Liechtenstein

Gratis Infolyer unter Tel.: 800 22 22